

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Dresden 1339  
Konto Riesa Nr. 52.

Nr. 205.

Sonnabend, 2. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn, Einzelnummer 5.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährte für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 9.— Mark; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 8.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigerleistungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Kaufmanns- und Gewerbegericht.

Die von der Kreisauptmannschaft nunmehr genehmigten Gemeindeverbandsgerichte für das Kaufmanns- und für das Gewerbegericht liegen von heute ab 14 Tage lang im Rathaus, Rathshauptkassier, Zimmer Nr. 2, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 2. September 1922.

Im Anschluß an die amtliche Jahresversammlung der Lehrerschaft des Schulaufsichtsbezirks Großenhain findet Montag, den 18. September 1922 in der Turnhalle der Carolaschule zu Riesa die Jahreshauptversammlung der im gleichen Bezirk bestehenden Begründerkassen zum Besten der Hinterlassenen ständiger Lehrer statt.  
Tagesordnung: Rechnungsablage und Nichtigprechung der Rechnung.  
Zur Teilnahme an dieser Versammlung werden alle Mitglieder der Kasse hierdurch eingeladen.  
Großenhain, den 31. August 1922.  
Bezirkschulrat Dr. Weinhold als Vorstand.

Die Jahresversammlung der Lehrerschaft der Volks- und Fortbildungsschulen des Schulaufsichtsbezirks Großenhain findet Montag, den 18. September 1922, vorm. 10 Uhr in der Turnhalle der Carolaschule zu Riesa statt.  
Zur Teilnahme an der Versammlung werden die Vertretungen der Schulbestre, Mitglieder der Schulausschüsse und Elternräte, Lehrer im Ruhestande und sonstige Freunde des Schulwesens hierdurch eingeladen.  
Großenhain, den 31. August 1922.

Der Bezirkschulrat.

## Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa

Bahnhofstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.  
Kostenlose Arbeitsvermittlung und Stellennachweis für Jedermann.  
Arbeitszeit für Frauen vorm. 8-10, für Männer 10-12, Uhr.  
Offene Stellen für: 3 Maurer, 10 Böttcher, 1 Klempner, 1 Kupferschmied, mehrere Automechaniker, Reflektenschmiede, Schlosser, Dreher, Elektriker, 1 Sattler (auch Tapetierer und Polsterer) nach auswärtig, 1 Bus-Direktive, 1 Pelznäherin, mehrere landw. Burshen und Mägde, sowie Hausmädchen.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 2. September 1922.  
Die 1. Tagung der Rassen-Vomantik-Riesner Gruppe der Sächs. Missionkonferenz auf dem Bergschloßchen in Riesa am 30. August verlief zur großen Befriedigung aller Teilnehmer, welche — wenn auch nur in mäßiger Zahl — sich eingefunden hatten. Nachdem in seiner einleitenden Ansprache Herr Pfarrer Dr. Benz aus Weida den Zweck der neuen Gründung und Veranstaltung: Neuerung und Vertiefung des Missionsinteresses durch eine mehr volkstümliche Versammlung im Sommer, abwechselnd in Riesa und in Jahnsdorf, und durch eine wissenschaftliche Tagung im Winter, letztere in Kommahäus, darzulegen, gab Herr Missionar Ritsche zunächst einen Ueberblick über sämtliche Arbeitsgebiete der Herrnhuter Mission in allen Weltteilen und hierauf eine höchst anschauliche und anziehende Schilderung seines Aufenthalts und seiner Erfahrungen bei den Eskimos auf der Halbinsel Labrador. Das Land mit seinen Klippen und seinem Schnee und Eis, die Geschichte des Völkchens und ihre Eigenart, die Nahrung ihrer früheren Vorfahren und ihre Umwandlung durch das Evangelium wurden vor den Hörern lebendig. So gab der Vortrag Zeugnis von dem großen Segen deutsch-evangelischer Missionsarbeit auf einem weltfernen, einsamen Posten. — Herr Missionsdirektor D. Paul erinnerte dann an die Gründung der Sächs. Missionkonferenz vor 38 Jahren im nahen Lannenberg und machte die bedeutungsvolle Mitteilung, daß demnächst zwei unserer Missionare, der Gläuser Wöhler und der Deutschkristall Weidner, nach Ostafrika zurückkehren dürfen, zur größten Freude der eingetragenen Christen. Herr Pfarrer Dreybach hob in seinem Schlußwort noch den beständigen Fortgang auf unsern ehemaligen Missionsfeldern auch unter schwedischer bzw. amerikanischer Leitung hervor. Rüge das neue Unternehmen geeigneten Fortgang und viel Teilnahme finden!

Der Ausverkauf Deutschlands vor Gericht. Die Maßnahmen gegen den Ausverkauf Deutschlands führten zu einigen weiteren Prozessen vor dem Dresdener Schöffengericht. Die in Rudwantsch wohnhafte, 1897 zu Leipzig geborene verheiratete Marie Hode geborene Hense war in Dresden ohne Reisepaß ertappt worden, auch hatte sie für 70 Kronen Sachen angekauft, um damit wieder über die Grenze zu fahren. Wegen Grenzverstoßes und Ausfuhrverstoßes hatte die Hode einen Strafbefehl über 70 000 Mark erhalten, dagegen aber Einspruch erhoben. Das Schöffengericht setzte die Strafe auf 25 000 Mark herab. — Der in Breßburg wohnhafte, 29 Jahre alte ungarische Staatsangehörige Joseph Neumann, Handlungsgehilfe von Beruf, war bei Einfahrt über die Grenze gekommen, um sich in Dresden für 2300 Mark Sachen zu kaufen. Diese Gesetzesübertretungen brachten ihm einen Strafbefehl in Höhe von 80 000 Mark ein. Neumann erhob Einspruch, das Schöffengericht setzte die Strafe auf 33 000 Mark fest. — Die in Tetschen wohnhafte 39 Jahre alte Klavierlehrerin Rulpine Diele kaufte in Dresden für rund 65 000 Mark Sachen aller Art auf, wurde festgenommen, und mußte sich jetzt vor dem Schöffengericht verantworten. Die Beschuldigte gab vor Gericht an, sie habe in früherer Zeit ihre Kronen in deutscher Währung angelegt, und jetzt das Geld nur sichern wollen, an eine Ausfuhr der Sachen habe sie nicht gedacht. Der Diele konnte das Gegenteil nicht nachgewiesen werden, deshalb erfolgte ihre Freisprechung und sofortige Haftentlassung.

Furchtbare Zahlen vom Kinderelend in Deutschland. Eine von thüringischen Blättern gebrauchte Zusammenstellung, die sich auf amtliches Material stützt, zeigt deutlich, wie weit das Kinderelend in Deutschland fortgeschritten. In Bielefeld waren von 1500 Kindern 1350 unterernährt. Von den Schulkindern in Jena hatten 8041 kein eigenes Bett. Im Bezirk Gotha sind 40 v. H. aller Kinder unterernährt. In Sondershausen bezeichneten die Ärzte 49 v. H. aller Kinder als krank. In Friedland waren von 700 Kindern 312 unterernährt, in Waltershausen von 1860 unterernährten Kindern 716. Im Bezirk Oberdorf ist die Kindersterblichkeit im Jahre 1921 gegen 1913 auf das Fünffache gestiegen. In Rudla sind 70 v. H. aller Kinder unterernährt. In Unterweißbach und in Eigenbrot sind 40 v. H. der Kinder tuberkulös. Im Meißener Braunkohlenrevier sind 6,12 v. H. der Kinder normal, 24,27 v. H. der Kinder unterernährt, 50,49 v. H. schwer unterernährt, 18,90 v. H. gänzlich heruntergekommen. — Geschworenenauslosung. Die Auslosung der Geschworenen für die diesjährige fünfte Tagung des Schwurgerichts Dresden fand im Dresdener Landgericht an der Wilmbergstraße statt. Zum Vorsitzenden der fünften Tagung wurde Landgerichtsdirektor Dr. Knott ernannt, die Verhandlungen werden voraussichtlich Anfang Oktober beginnen. Aus unserm Verbreitungsbezirk wurden folgende

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1350 Mark.

Derren ausgelost: Prokurist Martin Müller in Großenhain, Rittergutsbesitzer Friedrich Gräfe in Seuklitz, Schlosser Max Schneider in Riesa, Fabrikarbeiter Karl Spindler in Gröba, Fabrikbesitzer Wilhelm Scheller in Großenhain.

Die Vorko-Erhöhung erlt am 1. Oktober. Die angekündigten Erhöhungen der Vorkasse für Karten, Briefe, Druckfachen usw. sind nicht, wie vielfach angenommen, bereits für 1. September erfolgt, sondern werden am 1. Oktober in Kraft treten. Wahrscheinlich werden die bisher ins Auge gefaßten Sätze noch erheblich überschritten werden.

Die Reichsbank ist veranlaßt worden, zur Erleichterung größerer Zahlungen Banknoten zu 50 000 und 10 000 Mark zunächst in kleineren Mengen herauszugeben.

Schwierigkeiten bei Wohnzahlungen wegen Mangel an Geldzeichen. Der Mangel an Geldzeichen macht sich in der sächsischen Industrie immer fühlbarer bemerkbar. Vielfach besteht kaum die Möglichkeit, an den Vorkassagen die erforderlichen Summen von Geldzeichen von den Banken, da die Reichsbank angeblich wegen Budgetmangels Anfang Juli v. J. mit Noten nicht ausreichend versehen ist, zu erhalten. Wie wir hören, gehen in besonders kleineren Orten die Firmen dazu über, den Arbeitern und Angestellten Gutscheine auszustellen, damit die Arbeiter die nötigen Mittel zur Deckung ihrer Bedürfnisse an Hand haben. Der Verband sächsischer Industrieller hat sich daher an die Reichsbank mit dem telegraphischen Ersuchen gerichtet, diesem Zustand schnellstens abzuhelfen, da sonst ernste Schwierigkeiten und Störungen zu befürchten sind.

Die Leipziger Herbstmesse steht vor ihrem Abschluß. Trotzdem war auch am Freitag, dem vorletzten Messtage, der geschäftliche Verkehr in den Messehäusern noch ziemlich reger, da im Gegensatz zu früheren Messen viele Einkäufer den Messtisch auf die letzten Messtage verschoben haben, in der Erwartung, daß durch politische Ereignisse die Unsicherheit in der Geschäftslage behoben würde. Ueber den starken Auslandsbesuch können genaue Ziffern erst später veröffentlicht werden. Doch er groß gewesen ist, geht aus den zahlreichen Auslandsaufträgen hervor, die Aussteller verbuchen konnten, wie auch daraus, daß unter den Besuchern, die den amtlichen Wohnnachweis in Anspruch nahmen, 25 % Ausländer waren, gegen 12% bei früheren Messen. Insgesamt vermittelte der Wohnnachweis rund 4000 Wohnungen mehr als zur Frühjahrsmesse. Auch auf der Technischen Messe hat sich ein vorzeitiger Abbau nicht gezeigt. Das geschäftliche Ergebnis der Leipziger Messe ist im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen, trotz der Schwierigkeiten, die die Ungewißheit der Lage geschaffen hat. Nicht vereinzelte Stimmen sind es, die auf Betragen äußern, daß man sogar für die, unter Berücksichtigung der Ungewißheit der Preisentwicklung zu viel Orders in Händen zu haben. Auch in Spezialmaschinen ist der Erfolg wie schon zur Frühjahrsmesse überraschend gut gewesen.

Die sächsischen Handelskammern beschließen die Ablehnung der gemeindlichen Schanksteuer- und Getränkesteuer. Nachdem den sächsischen Handelskammern neuerdings zur Aussprache der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Landessteuergesetzes vorgelegt worden ist, haben sämtliche Handelskammern beschlossen, an ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt, hinsichtlich der Schanksteuer- und Getränkesteuer, festzuhalten und diese Stellungnahme in folgender Entschließung niedergelegt: Die sächsischen Handelskammern haben zu der in dem Paragrafen 13a des Entwurfes zur Abänderung des Landessteuergesetzes vorgesehene Getränkesteuer der Gemeinden dem sächsischen Wirtschaftsministerium gegenüber bereits früher Stellung genommen. Die Handelskammern Sachsens sind damals zu einer einmütigen und unbedingten Ablehnung dieser gemeindlichen Getränkesteuer gekommen und halten diese Ablehnung auch heute noch aus den damals angeführten Gründen aufrecht. Die gleichen grundsätzlichen Erwägungen, die seinerzeit gegen die Getränkesteuer geltend gemacht worden sind, sprechen auch gegen die neu in den Entwurf hineingebrachte Schanksteuer. Es muß bekräftigt werden, daß das Reich, nachdem die erhöhte Umsatzsteuer auf die Verabreichung von Speisen und Getränken durch den Reichstag abgelehnt worden ist, verfehlt, diese Steuer in anderer Form doch noch zur Einführung zu bringen. Das Verfahren des Reiches wäre verständlich, wenn die Ablehnung der erhöhten Umsatzsteuer seinerzeit erfolgt wäre, weil die Steuer in dieser Form für das Reich nicht geeignet ist, wenn sie aber für die Erhebung durch die Gemeinden als zweckmäßig angesehen werden könnte. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Die

erhöhte Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke ist aus Gründen gefallen, die in der ganzen Art und Beschaffenheit der Steuer ihre Ursache haben. Es ist deshalb nicht so ohne weiteres zu verstehen, daß das Reich eine ihm bereits abgelehnte Steuer auf anderem Wege doch durchzusetzen versucht. Eine Schanksteuer- und Getränkesteuer sind übrigens, was wir noch besonders hervorheben wollen, nicht etwa nur vom Standpunkte des Gastwirtsberufes zu betrachten, sondern auch deshalb, weil mit dem an sie anschließenden Niedergang des Wirtgewerbes die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Verstehe und Verzehren in den Wirtschaften würden wegen zu hoher Preise noch mehr als dies schon geschehen ist, zurückgehen. Damit würden aber auch Handel und Wandel, einschließlich des Reisens und der Gütererzeugung, die weitgehend auf das Wirtgewerbe angewiesen sind, schwer geschädigt werden. Keinesfalls aber kann von einer rückwirkenden Inflation der beiden Steuern die Rede sein.

Die sächsische Industrie zur gegenwärtigen Wirtschaftslage. Der Vorstand des Verbandes sächsischer Industrieller beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage; er beurteilte sie folgendermaßen: Nachdem bis heute die Illustrierten sich auf die Bewilligung eines Moratoriums nicht zu einigen vermochten und die französischen Machthaber im Gegenteil ihre Trobungen heftiger und selbst zu sogenannten Retorikritten schritten, ist aus dem bisherigen Rückgang der Mark der Ruin der deutschen Valuta geworden. Während die Preise und Löhne in den maßgebenden Konkurrenzländern sich mehr und mehr dem Stande der Vorkriegszeit nähern, wächst innerhalb des deutschen Reiches die Teuerung auf allen Gebieten unheimlich. Betriebsbeeinträchtigungen und Betriebsbeschränkungen haben in der Zeit einer unerhörten Kreditnot infolge der je länger je mehr unerreichbaren Beschaffung der notwendigen Betriebsstoffe für die deutsche Wirtschaft unmittelbar vor der Tür; Arbeitslosigkeit, Hunger, innere Verjüngung und Verfall erheben drohend das Haupt. Der Vorstandsrat glaubt nicht, daß bisher dieser katastrophalen Entwicklung die betroffenen führenden Kreise mit der Voraussicht und mit der Würde bezeugt sind, die die Größe der Aufgabe und die Gefahr der Zeit erfordern. Seit der Kriegsende treibt die deutsche Volkswirtschaft gewaltigsten Ausmaßes in Richtung auf Ruin und bleibt hinter dem Wettbewerb des valutarischen, kapitalkräftigen Auslandes immer weiter zurück; die fremde Konkurrenz, der Reichslichter ihre fortgesetzten günstigeren Arbeitsbedingungen zu Hilfe kommen, beginnt vielfach die deutsche Erwerbswirtschaft zu überflügeln. Selbst ansehnliche hohe Erträge heimischer Unternehmungen werden von der inneren Teuerung, die stets drückendere Steuerbelastung in Reich, Ländern und Gemeinden einschließt, weithin beansprucht und selbst überboten und gehen in bedauerlicher Weise an der Substanz, an Einrichtungen und Vorräten und an deren Erhaltung und Neubeschaffung, sind also in hartem Ausmaße bloße Scheingewinne mit verhängnisvollen Rück- und Auswirkungen. Die Passivität der Außenhandelsbilanz hat in den ersten 7 Monaten des laufenden Jahres den Betrag von 2,1 Milliarden Papiermark erreicht, im Monat Juli allein 10 Milliarden. Die Betriebskosten wachsen im Ungemeinen; Kapital- und Kreditnot treten in bisher unbekanntem Umfange auf. Angesichts der so geringen allgemeinen Wirtschafts- und Volksnot hätte man voraussetzen dürfen, daß die deutsche Volksvertretung und die deutschen Gewerkschaften an diesen brennendsten Problemen der Gegenwart jetzt, wo es sich um einschneidende Maßnahmen zu ihrer Behebung handelte, vielleicht vom Anfang an wirksam beteiligt worden wären. Statt dessen sind wichtige Verhandlungen gepflogen und bedeutungsvolle Entschlüsse gefaßt worden, nachdem zwar einzelne politische Parteien und die Vertretung bestimmter Gewerkschaftskreise in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen ihre Forderungen erhoben haben, aber ohne, daß den mit den Problemen praktisch befaßten sachkundigen Erwerbskreisen eine Einflußnahme darauf gewährt worden wäre. Die unauffassbar fortschreitende Geldentwertung erschüttert nicht nur die Lebensbedingungen breiter Volksschichten, sondern untergräbt in ihrer letzten Auswirkung gleichermäßen die Grundlagen der Industrie und rührt in bedrohlicher Weise an ihrer Existenz. Das aus der trostlosen deutschen Wirtschaftslage resultierende Steigen der Preise wirkt in hohem Grade den Interessen der Erwerbskreise; deren Bestehen und Entwicklung sind vielmehr mit der Gesundung und Wiederherstellung der deutschen Währungsuntrennbar verknüpft. Dafür